

Good Practice Elemente von dialogisch/diskursiven Verfahren
und niederschwelligen Science Center Aktivitäten
zur Unterstützung von Good Governance
im Bereich Wissenschaft und Gesellschaft

Kurzfassung

Ulrike Kozeluh

Jeanette Müller

Barbara Streicher

Otto Schütz

Kontakt: Otto Schütz, schuetz@science-center-net.at

Endbericht im Auftrag des Rats für Forschung und Technologieentwicklung

GZ RFTE: ZI. 112-2009

Wien, März 2009

Executive Summary

Wissenschaft und Technik sind Schlüsselfaktoren für wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen. Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung um das „Warum?“ und „Wohin?“ von Forschungs- und Innovationsverläufen kann, so zeigen uns internationale Erfahrungen, gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten als „Innovationsmotor“ interpretiert werden und einen Beratungsvorsprung bedeuten.

In einigen EU-Ländern wurden gezielt Institutionen geschaffen mit dem Auftrag, systematisch den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu fördern.

Die Recherchen und ExpertInneninterviews zeigten, dass ihr Spektrum von der Informationsbereitstellung für die Öffentlichkeit über die expertenorientierte Politikberatung bis zu ressourcenintensiven Verfahren der Einbindung mit einem hohen Grad an Empfehlungscharakter (wie Public Consultation oder BürgerInnenkonferenzen) reicht.

Als ausschlaggebend für ihre Leistungsfähigkeit erwiesen sich die Kompetenz und Glaubwürdigkeit der Institution, die Transparenz der Verfahren und vor allem Responsivität und Commitment seitens der politischen Auftraggeber.

Ergänzend zu den institutionalisierten Einrichtungen wurden Beispiele von Angeboten zur Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Technik analysiert, die als niederschwellige Verfahren charakterisiert wurden. Vorwiegend von Vermittlungseinrichtungen (Museen, Science Center, Vereinen etc.) initiiert und durchgeführt, bieten sie für Laien einen leichten, oft unterhaltsamen Einstieg ohne Vorwissen, sind zeit- und ressourcensparend und rasch für neue Themen adaptierbar. Ihre Leistung besteht primär darin, Interesse zu wecken, Vertrauen/Vertrautheit mit Wissenschaft und ihren Akteuren aufzubauen und die Diskursfähigkeit der TeilnehmerInnen zu stärken – Grundvoraussetzungen für eine demokratische Einbindung.

Für eine Gestaltung des Verhältnisses Wissenschaft – Gesellschaft in Österreich ist abzuleiten, dass der Dialog am effektivsten durch ein umfassendes Spektrum an Methoden strukturiert wird. Er sollte möglichst verschiedene Formen der Kommunikation, des Wissensstandes und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen einbeziehen und letztlich unterschiedliche Zielsetzungen anstreben: von partizipativen Verfahren, deren Ergebnisse direkt in die parlamentarische bzw. politikstrategische Arbeit einfließen können, bis hin zu niederschweligen Methoden, die vorbereitend und vertrauensbildend wirken. Jeweils zentral ist die Rolle und Kompetenz der Vermittlungsinstanz. Es braucht für niederschwellige Methoden zum Dialog ausgebildete VermittlerInnen (Explainer oder WissenschaftlerInnen), für institutionalisierte Verfahren eine politiknahe, mit entsprechendem Portefeuille ausgestattete Organisationseinheit.

Schlussfolgerungen

Im Zentrum unserer Untersuchungen stand die Suche nach Good Practice Beispielen eines – wie in unterschiedlichen Politikdokumenten auf europäischer Ebene geforderten – partnerschaftlichen, dialogischen Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, ermöglicht durch Verfahren auf institutionalisierter und niederschwelliger Ebene der Beteiligung. Nach der Sammlung und Analyse von Beispielen nach den Kriterien Responsivität, Vertrauensbildung und Niederschwelligkeit können wir folgende Schlüsse ziehen:

- 1) Unterschiedliche Verfahren der **institutionalisierten Beteiligung im Bereich Wissenschaft – Gesellschaft** wirken im besten Falle informierend für die Politikgestaltung. Im Vordergrund steht nicht das utopische Ziel der demokratischen Wissensgesellschaft, sondern der **Beratungsvorsprung für die Politik durch Reflexion: „Dialogue informs decision making“**.

Von „Good Practice der Institutionalisierung dialogisch/diskursiver Verfahren“ kann also bei den untersuchten Institutionen *nicht generell* gesprochen werden. Die Institutionalisierung des Dialoges zwischen Wissenschaft und Gesellschaft hat sich vor allem zwischen Wissenschaft und ParlamentarierInnen oder anderen politischen Repräsentanten etabliert. Für die Relevanz der Ergebnisse in der Politikgestaltung spielen das Portefeuille der Mittlerinstitution, die Methodenkenntnis, die Wahl des Einsatzes von Methoden zur zusätzlichen Organisation von BürgerInnenbeteiligungsverfahren und die Bestimmung der Themen eine große Rolle.

Letztlich kann aber aus demokratiepolitischen Gründen auch nicht mehr als die Organisation, Weiterleitung und Nutzung von Empfehlungen erwartet werden, wenn nicht verfassungsrechtliche Fragen, der Reichweite des repräsentativ-demokratischen Systems und seiner Legitimierung aufgeworfen werden sollen. Es liegt aber im Einflussbereich einer Anbindung bzw. Überführung in das bestehende repräsentativ-demokratische System und an der politischen Kultur, ob und wie mit Ergebnissen und ihrem Empfehlungscharakter umgegangen wird.

- 2) **Niederschwellige Verfahren** wirken vor allem **vorbereitend**, im Sinne **der Steigerung von Interesse und Aufmerksamkeit** für das jeweilige wissenschaftliche Thema. Indem sie dazu heranzuführen, zwischen Forschungsergebnissen, Interpretationen und Meinungen zu differenzieren, fördern sie das Verständnis für wissenschaftliche Methoden und Denkweisen. Ihr Potenzial liegt darin, **Bewusstsein und Diskursfähigkeit** der beteiligten Personen zu **stärken – Grundvoraussetzungen für eine demokratische Einbindung**. Funktioniert der Aufbau personellen Vertrauens, kann auch Systemvertrauen entstehen.

Beispiele einer **Kombination** expertenorientierter Politikberatung und niederschwelliger Verfahren der Einbindung finden sich in Dänemark, Großbritannien, der Schweiz oder auch Norwegen. In diesen Ländern werden je nach Zielsetzung in einem Themenbereich durch eine anerkannte Institution unterschiedlichste Formen der Beteiligung, von der breit angelegten Public Consultation oder BürgerInnenkonferenzen bis zu spielerischen

Einstiegsformaten durchgeführt, angepasst an unterschiedliche Bildungsstandards und Ressourcen. Die Verfahren – seien sie informativ, konsultativ oder dialogisch/diskursiv – können auch in der Durchführung ausgelagert werden, sei es als methodischer Baustein eines (wissenschaftlichen) Projektes oder für sich selbst stehend. Dafür sollte auf die vielfältige Expertise bestehender Einrichtungen (wie z.B. auch Science Center Einrichtungen, Museen, etc.) zurückgegriffen werden, auch, um das in sie bereits bestehende Vertrauen zu nutzen.

Besonders interessant scheint uns, dass die Funktionsweisen institutionalisierter und niederschwelliger Verfahren eine Analogie aufweisen:

Sowohl auf der Ebene der institutionalisierten Politikberatung im Bereich Wissenschaft - Gesellschaft als auch bei den niederschwelligen Verfahren ist die Rolle des Vermittlers, des Mediators, des Übersetzers eine immens wichtige. Sowohl die Rolle der politiknahen **Organisationseinheit (also die formalisierte Kompetenz)** als auch die Person der **VermittlerIn / des Explainers (also die personelle Kompetenz)** ist jeweils zentral für die Glaubwürdigkeit, den Vertrauensaufbau und die Relevanz der vermittelten Inhalte.

Deutlich wurde auch durch die untersuchten Beispiele, dass nicht immer ressourcenaufwändige Verfahren wie z.B. Konsensuskonferenzen notwendig sind, um Beratung, Informations- und Wissenszuwachs sowie (demokratische bzw. demokratisierende) Einbindung abzudecken. Der Grad der Eigenständigkeit der vermittelnden Institution erlaubt, je nach Problem- und Themenstellung unterschiedliche Verfahren einzusetzen – somit können z.B. auch die Ergebnisse niederschwelliger Methoden in die Politikberatung einfließen.

Letztlich kann – und dies gilt auch für die Empfehlung einer Einfügung in das österreichische politische System – durch eine Kombination von aufwändigen mit niederschwelligen Verfahren eine möglichst breite gesellschaftliche Einbindung erfolgen, bei der zusätzlich die inhaltlichen Qualitäten des Wissenserwerbs, des Lernens und der Reflexion mit der Entscheidungsfindung kombiniert werden können.

Dabei ist sicherlich zu bedenken, dass es bei der Kombination dieser Methoden keine für alle Themenbereiche „one-size-fits-all“-Lösung gibt. Wie bei allen partizipativen Verfahren (außer dem in der Verfassung verankerten Modus der Wahl) muss stets nach Problemstellung, Themenbereich, gesellschaftlichen Gruppen, Bildungsstand und Zielsetzung (also Information, Konsultation oder dialogisch-diskursive Mitbestimmung) aus den unterschiedlichen, einander ergänzenden Methoden jeweils neu gewählt und kombiniert werden. Die Beispielsammlung gewährt einen Einblick in die Fülle an Kombinationsmöglichkeiten.

Governance Empfehlungen

Aus Sicht des Projektteams sollen folgende Empfehlungen ihren Platz in der forschungspolitischen Strategie 2020, Element Wissenschaft und Gesellschaft, finden:

- **Utopische Zielsetzungen, pragmatische Annäherung**

Die Vorstellung einer "Demokratischen Wissensgesellschaft" wird in der politischen Praxis von einer gewissen Pragmatik „entzaubert“. Jedoch kann auch eine Politik der kleinen Schritte zur Erreichung eines hochgesteckten Zieles sinnvoll sein. Schon die Durchführung partizipativer Verfahren und der öffentlich anerkannte Empfehlungscharakter ihrer Ergebnisse wäre – wie in anderen Ländern bereits geübt – eine „angemessene Schrittlänge“ für die österreichische politische Landschaft.

- **Gesellschaftliche Auseinandersetzung als Vorteil wahrnehmen**

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um wissenschaftliche und forschungspolitische Fragestellungen sollte für Strategieentwicklungen oder Formen des Foresight Assessment als Beratungsvorsprung gesehen werden.

Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung um das „Wohin?“ von Innovationsverläufen dient der besseren, rechtzeitigen Adaptation von wissenschaftlichen und technischen Innovationen an gesellschaftliche Notwendigkeiten und Bedürfnisse. Somit können Transformationskosten gesenkt werden.

- **Dialog auf mehreren Ebenen führen**

Der Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft sollte auf mehreren Ebenen geführt werden, um möglichst vielfältige Formen der Kommunikation, des Wissensstandes, unterschiedliche Bevölkerungsgruppen einzubeziehen und damit unterschiedliche Zielsetzungen zu unterstützen.

Niederschwellige Angebote wecken Interesse, fördern die Erstermächtigung, sich einem wissenschaftlichen Thema zu nähern, und erhöhen somit die Diskursfähigkeit – als Grundvoraussetzungen für eine demokratische Einbindung.

Für die Beteiligung an konkreter Politikgestaltung gibt es eine Fülle bewährter methodischer Maßnahmen, zumeist aufwändigere Beratschlagungsverfahren, die bei den beteiligten Personen hohes Interesse, in manchen Fällen auch das Erarbeiten wissenschaftlicher (Grund)Kenntnisse sowie ausreichend zeitliche Ressourcen voraussetzen.

- **Potenzial niederschwelliger Angebote nutzen**

Niederschwellige Verfahren wirken vor allem vorbereitend, wecken Interesse, stärken Bewusstsein, Verständnis und Diskursfähigkeit.

Diskussionsbeiträge aus niederschweligen Prozessen haben bei entsprechender Rückkopplung das Potenzial, indirekt zu einer politischen Meinungsbildung beizutragen. So etwa können WissenschaftlerInnen, die im Rahmen einer Dialogveranstaltung mit BürgerInnen diskutierten, deren Argumente als ExpertInnen in wissenschafts- bzw. forschungspolitische Gremien einbringen.

- **Methodenmix gezielt einsetzen**

Im Idealfall wird der Dialog Wissenschaft - Gesellschaft durch einen umfassenden Methodenmix am effektivsten strukturiert. Je nach Themenstellung und Ziel können niederschwellige Maßnahmen, wie z.B. Science Center Aktivitäten und institutionelle Verfahren, wie z.B. parlamentarische Enqueten oder Bürgerkonferenzen, miteinander kombiniert werden. Zu beachten ist dabei, dass es für ein Thema keine Einschränkungen oder Empfehlungen hinsichtlich einer Methode gibt. Kriterien der Auswahl sollten der Zweck der Einbindung, die Zielgruppe, die Beteiligten und die zur Verfügung stehenden Ressourcen sein.

- **Kompetente und anerkannte Organisationseinheit schaffen**

Wie aus der Analyse europäischer Länder ersichtlich, ist eine Überblicks- und Beratungsfunktion essentiell für einen institutionalisierten Dialog Wissenschaft – Gesellschaft. Entsprechende methodische, inhaltliche Expertise und Kenntnis des politischen Systems vorausgesetzt, kann ein Methodenmix für den Dialog Wissenschaft – Gesellschaft am ehesten von einer Institution oder Organisationseinheit durchgeführt werden, die möglichst nahe am bzw. hoch im Repräsentativsystem angesiedelt ist. Damit ist sie auch mit dem politischen Portefeuille ausgestattet, den entsprechenden Methodenmix zu initiieren und auch diverseste Zielgruppen erreichen zu können.

- **Vertrauen fördern**

Vertrauen kann auf unterschiedlichen Ebenen, durch aufwändigere und niederschwellige Methoden gefördert werden. Die Entstehung von personellem und Systemvertrauen bedingen einander. Vertrauen ist Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit und die Relevanz einer Organisationseinheit.

- **Auf Erfahrungen aufbauen und Synergien nutzen**

Für die Umsetzung der Verfahren sollte möglichst auf bestehende Einrichtungen und Akteure zurückgegriffen werden. So können einerseits bereits existierende Erfahrungen kostensparend genutzt werden, andererseits können Institutionen, die bereits einen hohen Vertrauensvorschuss seitens der Öffentlichkeit genießen, neue Expertise aufbauen (z.B. Museen, Science Center Einrichtungen, Vereine, NGOs etc.).

- **Politisches Commitment sicherstellen**

Die dialogisch/diskursiven Verfahren und die niederschweligen Methoden für die Einbindung der Öffentlichkeit sind in ihrer Fülle, ihren Anwendungsmöglichkeiten und in ihrem Ressourcenaufwand bekannt. Einige davon wurden, obgleich von der Politik wenig genutzt, auch in Österreich als Verfahren bereits erfolgreich durchgeführt. Die nächsten Schritte sind die Koordination des Einsatzes und ein klares politisches Commitment für die Ziele und die transparente Nutzung dieser Methoden und ihrer Ergebnisse.